

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Oktober 2021

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Nach der Flut: Bettina Böttinger vor Ort**
- **Carl Bossard: Schulkind als postmoderner Einzeller?**
- **Wolfgang Effenberger: Unheilige Trinität? Neoliberalismus – 9/11 – Afghanistan**
- **Thomas Pany: Das Reich des Todes: Milliardengewinne und "coole Militärkommandeure"**
- **Jöran Klatt: Postdemokratie in Echtzeit**
- **Bernd Trautvetter: Koalitionen und die Kriegsfrage: Bekenntnisse zum (Selbst-)Mord**
- **F. W. Engdahl: Hat Biden jetzt Saudi-Arabien verloren?**
- **Daniel Cil Brecher: Texte über Jüdische Geschichte, Israel und Palästina**
- **Thomas Kaiser: Kanonenbootpolitik?**
- **Thomas Scherr: Sanktionen treffen Unschuldige**
- **Thomas Röper: Der russische Außenminister Lawrow liest dem Westen vor der UNO die Leviten**
- **Nikolai Patruschew: Deutschland wird sich von äußeren Einflüssen befreien und zu einer unabhängigen Politik zurückkehren**
- **Jozef Banáš: Auf der Suche nach Partisanen auf der Krim**
- **Gunnar Decker: Visionär der Befreiung**

Zitat des Monats von [Gabor Steingart](#):

In Wahrheit werden unsere Werte schon dadurch verraten, dass man sie mit vorgehaltener Maschinenpistole durchzusetzen versucht. Auf Kuba. In Vietnam. Im Iran. Im Irak. In Angola. In Nicaragua. [...] Wir haben nicht die Afghanen verraten. Viel schlimmer: Wir haben uns selbst verraten. Nicht dadurch, dass wir gehen, sondern dadurch, dass wir im Militärrock gekommen sind.

Editorial

Die Flutkatastrophe in der Eifel hat nicht nur viele Menschenleben gekostet und Zerstörungen bewirkt, sondern auch ein hohes Maß an Hilfsbereitschaft und Gemeinschaftsgefühl hervorgerufen. Eine eindrucksvolle Film-Dokumentation der Interviews von Betroffenen und Beteiligten zeigt das. Im anschließenden Beitrag geht es um die essentielle Bedeutung der zwischenmenschlichen Beziehung beim Lernen.

Im Schwerpunkt Afghanistan beleuchtet Wolfgang Effenberger die interessengeleitete Verlogenheit bei diesem langen Krieg. Thomas Pany informiert über die profitablen Geschäfte für die Waffenindustrie und Jöran Klatt stellt dar, wie auch im Deutschen Bundestag Ansätze zur Kriegsvermeidung beiseite geschoben worden sind. Bernd Trautvetter ordnet diese Politik in die Geschichte der NATO seit ihrer Gründung ein.

Eine etwas komplexere Einschätzung der Entwicklung im Nahen Osten gibt William Engdahl. Ergänzend dazu kann der historische Hintergrund der Geschichte Israels von Daniel Brecher gelesen werden. Aktuell wird die Geschichte durch Deutschlands neue Kanonenbootpolitik fortgeschrieben (Thomas Kaiser), die in zunehmenden Maß durch völkerrechtswidrige Wirtschaftssanktionen ergänzt wird (Thomas Scherr).

Ein weiterer kleiner Schwerpunkt sind Stimmen aus Russland von Sergeij Lawrow und Nikolai Patruschew, die sehr bedenkenswerte Überlegungen zur geopolitischen Zukunft beinhalten. Dazu passt die erfrischende Richtigstellung von Jozef Banás zur sogenannten Krim-Annexion.

Abschließend erinnert Gunnar Decker an den verstorbenen großen Künstler und Demokraten Mikis Theodorakis.

[Inhalt](#) ↑

• Nach der Flut: Bettina Böttinger vor Ort

Bettina Böttinger hat im WDR-Fernsehen [Flutopfer und Verantwortliche im Ahrtal und in der Eifel über ihre Erfahrungen interviewt](#) und sie berichten lassen. Zu Wort kommen betroffene Bürger, Winzer, eine Bürgermeisterin, eine Ministerin, Nachbarn, Helfer... Sie berichten nicht nur von den schrecklichen Schäden und von politischen Konsequenzen, sondern vor allem von der gegenseitigen Hilfe, von der Erfahrung des Gemeinschaftsgefühls, das in der existenziellen Not wie aus dem Nichts zu Tage kam und das sie alle auch in die Zukunft trägt. Der Film ist ein bewegendes Dokument jenseits von politischen Bewertungen. (Video, 1h29)

[Bettina Böttinger](#), Jg. 1956, studierte Journalismus; seit 1985 beim WDR in verschiedenen Funktionen und Sendeformaten; engagiert sich in sozialen Projekten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Carl Bossard: Das Schulkind als postmoderner Einzeller?

Der YouTuber [Daniel Jung praktiziert Frontalunterricht und ist damit zu einem sehr gefragten Mathe-Lehrer geworden](#). Die Nutzer klicken seine Tutorials millionenfach an, weil sie dort schrittweise elementare Zusammenhänge verständlich dargestellt bekommen, sprechdenkend und eben frontal. Die Nutzer spüren die Lernwirksamkeit dieses Lehrens. Die Wirksamkeit hat einen

Effektivwert von 0,54, der Durchschnitt aller Einflussgrößen auf die Lernleistung beträgt 0,4, der eines üblichen Fernunterrichts 0,11. Einzig hinsichtlich der Vertiefung des Mathematikverständnisses bleiben für Carl Bossard Fragezeichen. Die Effizienz von Daniel Jungs Tutorials liegt in der Ausrichtung des Lernenden auf die Lehrperson begründet, was im krassen Gegensatz zu der heute propagierten Lernmethode steht, bei der der Lehrende in eine Nebenrolle gezwängt wird.

[Carl Bossard](#), Jg. 1949, *Studienabschluss in Schweizer Geschichte und Pädagogik, berufsbegleitender Abschluss als Gymnasiallehrer; Schulrektor, Gründungsrektor einer Pädagogischen Hochschule, Lehrbeauftragter; Hauptinteresse an bildungspolitischen und gesellschaftlich-historischen Fragen.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Wolfgang Effenberger: **Unheilige Trinität? Neoliberalismus – 9/11 – Afghanistan**

Wolfgang Effenberger ist sprachlos über den friedensfeindlichen und kriegsbefürwortenden Artikel "Für Dich zieh ich in den Krieg" von Anne Applebaum im ipg-journal der Friedrich-Ebert-Stiftung. Während Applebaum auf künftige Kriege gegen Russland und China vorbereitet, erinnert Michel Chossudovsky, Direktor des Zentrums für Globalisierungsforschung, daran, "dass diese beiden Länder, die heute als Feinde aufgelistet sind, diejenigen sind, die, als sie im Zweiten Weltkrieg mit den Vereinigten Staaten verbündet waren, den Sieg über die nationalsozialistische faschistische Achse Berlin-Rom-Tokio mit dem höchsten Preis an menschlichen Leben bezahlt haben – etwa 26 Millionen aus der Sowjetunion und 20 Millionen aus China, verglichen mit etwas mehr als 400'000 aus den Vereinigten Staaten". Weiter weist Chossudovsky auf die Zahl der Toten durch die ununterbrochene Serie von Kriegen, Staatsstreich und anderen subversiven Operationen der USA seit 1945 bis heute hin – eine Zahl, die auf 20 bis 30 Millionen geschätzt wird. Das sind etwa doppelt so viele Todesopfer wie im Ersten Weltkrieg. "Einer der wirklich großen Generäle der amerikanischen Geschichte", Smedley Butler (1881-1940), sah sich "als hochgradiger Schläger für Großkonzerne, für die Wall Street und ihre Banker". Heute überspannen die USA die Welt mit sechs Regionalkommandos und fast 800 Militärbasen in fremden Ländern; alle anderen Länder haben zusammen gut 5% davon.

9/11 wurde benutzt, um einen "monumentalen Kampf", den "das Gute gegen das Böse" zu führen habe, vom Zaun zu brechen. Aber eine wahrheitsgemäße Aufklärung des Verbrechens wurde nicht vorangetrieben. So kommt es, dass der offizielle Untersuchungsbericht von vielen Fachleuten massiv angezweifelt und kritisiert wird, da einfach vieles verschwiegen wird, nicht stimmig ist. Hilfe zur Aufklärung, u.a. von Russland, wurde abgelehnt, denn der Schuldige stand ja schon am Tag des Anschlags fest, das nächste Kriegsziel war schon vorgegeben. Schon 25 Tage nach "dem neuen Pearl Harbour" flogen die ersten Bomber nach Afghanistan, auch wenn die mutmaßlichen Attentäter nicht von dort kamen. Weitere 20 Tage später war ein Antiterrorgesetz beschlossen, das umfassende Grundrechtseinschränkungen brachte. Um das Gesetz umzusetzen wurden zusätzliche Institutionen mit über 800'000 Beamten geschaffen. Es wurde beschlossen, in zukünftigen Kriegen nicht um den Sieg zu kämpfen, sondern für die Destabilisierung des feindlichen Staates zu sorgen.

[Für Effenberger ist der Krieg gegen den Terrorismus mit Afghanistan nicht beendet.](#) Hauptverantwortlich für die Fortsetzung die Kriege scheinen nach Effenberger die Kreise zu sein, die davon profitieren, finanziell und machtpolitisch. Dazu zählen der militärisch-industrielle Komplex, die Finanzindustrie, die High-Tech-Konzerne und als Dreh- und Angelpunkt das 'World Economic Forum' (WEF). Den vom WEF lancierten "Great Reset" stellt Effenberger in Zusammenhang mit der 'Agenda 2030' der UNO. Die von WEF-Chef Klaus Schwab anvisierte Transformation der Weltwirtschaft spiegele "die Interessen der führenden Großunternehmen, der IT-, Digitalisierungs- und Überwachungsbranche, des Finanzsektors und der Pharmaindustrie. Die Kapitalelite wäre damit nach einem halben Jahrhundert angesichts einer drohenden ökologischen

und ökonomischen Katastrophe am Ziel. [...] Angesichts des gegenwärtigen Zustands der Welt ist ein gesamtgesellschaftlicher 'Reset' allerdings unumgänglich, [nämlich] im Sinne eines Umdenkens als Voraussetzung für eine lebenswerte Zukunft in Frieden, Freiheit und Wahrheit. Dieser 'Reset' muss jedoch auf ein demokratisches Fundament gestellt werden.“

[Wolfgang Effenberger](#); Jg. 1946, wurde mit 18 Jahren Zeitsoldat, studierte Bauingenieurwesen. Er erhielt als junger Offizier Einblick in das von den USA vorbereitete "atomare Gefechtsfeld" in Europa. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik). Heute freier Buchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Pany: **Das Reich des Todes: Milliarden Gewinne und "coole Militärkommandeure"**

Thomas Pany beleuchtet die [Gewinnerseite des Afghanistan-Krieges: die fünf großen Waffenhersteller in den USA](#), die nach Aufwenden von 1 Mrd. Dollar für Lobbyarbeit Aufträge von 2'020 Mrd. Dollar erhalten haben. Pany zitiert auch Recherchen, nach denen die Kongressabgeordneten, die während der Präsidentschaft von Trump für eine Erhöhung der Rüstungsausgaben des Pentagons stimmten, zwischen drei und fünf Mal so viel finanzielle Zuwendungen erhielten als ihre Kollegen im Abgeordnetenhaus. Das Volumen der Verträge für die fünf größten Rüstungsfirmen (Raytheon, Lockheed Martin, General Dynamics, Boeing und Northrop Grumman) sei in den Jahren von 2002 bis 2020 um 188%, bzw. 110 Mrd. US-Dollar, gewachsen. Die politischen Spenden wuchsen in diesem Zeitraum um 183% und 13,5 Mio. Dollar. Die Aktien der Rüstungshersteller steigerten ihren Wert um das Zehnfache. Mit den Profiten eröffneten sich auch für hochrangige Generäle lukrative Geschäftsfelder, indem sie sehr gut bezahlte Posten als Berater oder in der Geschäftsführung von Rüstungsfirmen einnahmen. So stieg der Anteil ehemaliger Generäle auf solchen Posten von 1993 von 45% auf 80% anno 2005. Die acht US-Generäle, die zwischen 2008 und 2018 die US-Streitkräfte in Afghanistan befehligten, waren in mehr als 20 Aufsichtsräten von Unternehmen vertreten.

[Thomas Pany](#), studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Semiotik. Er ist Autor bei *Telepolis*. *Längere Reisen in die Türkei, nach Syrien, in Iran, nach Pakistan und Israel*. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jöran Klatt: **Postdemokratie in Echtzeit**

Das Afghanistan-Debakel macht womöglich eine Dysfunktionalität des deutschen Politbetriebs sichtbar: den Bedeutungsschwund des Bundestages. So wurde "in den vergangenen Jahren zwar immer wieder besonders lautstark der Afghanistan-Einsatz von allen möglichen Seiten der Opposition kritisiert und vor fatalen Konsequenzen in der Zukunft gewarnt. Doch Einfluss auf das Regierungshandeln schienen diese Warnungen nicht zu haben. So wurde weder auf die wiederholten Kritiken der Linkspartei gehört, deren Vorgängerpartei PDS schon zu Beginn gegen den unter der Regierung Schröder beschlossenen Einsatz war. Ebenso wenig Gehör fanden aber auch die mahnenden Anträge und Anfragen der Grünen oder FDP der jüngeren Geschichte, die zwar beide als Parteien die Einsätze als solche mittrugen, aber immer wieder plausible Kritiken an Zielsetzung und Stand hatten oder eine transparentere Diskussion über die eigentliche Zielsetzung forderten.“

In Juni wurde ein [Antrag der Linken im Bundestag von der Koalitionsmehrheit abgelehnt](#), in dem diese "eine Evakuierung der Ortskräfte vor Ort eingefordert hatten". Auch ein Folgeantrag der Grünen mit einer ähnlichen Forderung wurde abgelehnt. Laut dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Norbert Röttgen, ist schlicht nicht üblich, einem derartigen Antrag der Opposition zuzustimmen. Zudem sei solch eine Entscheidung nicht die Sache des Parlaments, sondern der Regierung – ein beredter Ausdruck von "Postdemokratie".

Jöran Klatt, Jg. 1986, studierte Germanistik und Geschichte; Redakteur der Zeitschrift 'Indes' und Mitarbeiter am Göttinger 'Institut für Demokratieforschung'. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören politische Kulturforschung sowie Sprach- und Kommunikationswissenschaften. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Bernd Trautvetter: **Koalitionen und die Kriegsfrage: Bekenntnisse zum (Selbst-)Mord**

Die Bündnisgrünen und die SPD verlangen ohne nennenswerten öffentlichen Protest, dass die LINKE ein Bekenntnis zur NATO abzugeben habe, wenn sie eine Beteiligung an einer zukünftigen Regierung wolle. Das sei für die außenpolitische Handlungsfähigkeit einer Bundesregierung erforderlich. Doch was ist die NATO? Die NATO wurde mit der Lüge gegründet, Westeuropa drohe durch die Sowjetunion (SU) Gefahr. In Wirklichkeit hatte die SU ganz andere Probleme, nachdem die Nazis verbrannte Erde zurückgelassen hatten und über 25 Millionen sowjetische Bürger durch den Zweiten Weltkrieg umgekommen sind.

Die NATO steht nach Tobias Pflüger und Bernd Trautvetter [von Anfang an für eine gefährliche und manipulative Politik](#), die in den letzten Jahrzehnten zu gefährlichen Spannungen, Völkerrechtsverletzungen und Kriegen geführt hat und die einen großen Beitrag zu den ökologischen Zukunftsgefährdungen verantwortet. Die NATO hat heute einen Anteil von ca. 50% an den Weltrüstungsausgaben und gibt für Rüstung 15 mal mehr aus als Russland. Die NATO plant im Konfliktfall den nuklearen Erstschlag mit ein. Dafür werden die in Europa stationierten nuklearen Waffen modernisiert. Von der NATO gingen seit Ende des Kalten Krieges die meisten und die massivsten Völkerrechtsverletzungen aus. Das von der NATO gelebte Recht des Stärkeren gefährdet die Menschheit auf der Erde. Daher ist es nach Pflüger "notwendig, dass es einen Politikwechsel auch in diesen Punkten gibt": Keine Manöver, die wie 'Defender 2020' Spannungen eskalieren, das NATO-Ziel von zwei Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung für den Militärssektor auszugeben, führt zu Ausgaben in den falschen Bereichen und z.B. nicht in der Gesundheit, der Bildung und der Ökologie, ein Ende der nuklearen Teilhabe unseres Landes an der NATO-Atomstrategie, stattdessen Unterschrift unter den Atomwaffenverbotsvertrag der UNO, Verzicht auf das 100-Milliarden-EU-Projekt eines Future Combat Air Systems, das unter Einbezug von Drohnenschwärmen und künstlicher Intelligenz den großen Krieg im Europa des 21. Jahrhunderts wahrscheinlicher macht."

Die außenpolitische Handlungsfähigkeit erreicht man nicht durch Vasallentreue, sondern indem man die vom Volk formulierten Ziele unter Achtung des Grundgesetzes und des Völkerrechts zu erreichen versucht. Dazu braucht es auch keine Europäische Verteidigungsunion à la von der Leyen. (Red.)

Bernhard Trautvetter, Jg. 1954, ehemaliger Berufsschullehrer, Friedensaktivist aus Essen, Organisator von Friedensaktivitäten; publiziert in verschiedenen Zeitungen und Foren; Träger des Düsseldorfer Friedenspreises 2018. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- F. William Engdahl: **Hat Biden jetzt Saudi-Arabien verloren?**

Bereits in der ersten Woche ihrer Amtszeit deutete die Regierung Biden einen dramatischen [Wandel in den Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien](#) (Übersetzungshilfe [deepl.com](#)) an, indem sie einen Stopp der Waffenverkäufe an das Königreich ankündigte sowie die saudische Regierung für die Ermordung des saudischen Washington-Post-Journalisten Adnan Khashoggi in Istanbul im Oktober 2018 verurteilten. Hinzu kam, dass Washington die antisaudische jemenitische Houthi-Führung von der US-Terrorliste strich und gleichzeitig die militärische Unterstützung der

USA für Saudi-Arabien im Jemen-Krieg gegen die vom Iran unterstützten Houthi-Truppen beendete.

Auf der anderen Seite hat der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman (MSB) Gespräche mit dem Erzfeind Iran begonnen, um eine mögliche Annäherung auszuloten, nachdem es durch die amerikanische Chaos-Strategie zu einem Konflikt zwischen den beiden Staaten gekommen war, wie F. William Engdahl detailliert darstellt. Aber auch andere Konflikte in der Region möchten die Saudis unter MSB entschärfen. Der Iran zeigt nach Engdahl Bereitschaft, seine militärische Präsenz in einigen Staaten der Region zu deeskalieren. Begünstigt wird dies durch die mit der Entsendung von Truppen verbundenen Kosten, die den Iran aufgrund der US-Sanktionen zunehmend schwer belasten. Diese Sanktionen sind verantwortlich für einen jährlichen Anstieg der Lebensmittelpreise um 250% und für den freien Fall der Währung, nachdem die Öleinnahmen eingebrochen sind. Auch die von den USA gebrochenen Versprechen, z.B. gegenüber Afghanistan, legen Teheran nahe sich eher mit Riad auszusöhnen als auf Washington zu vertrauen.

In der geopolitischen Gemengelage konkurrierender Interessen in der Region kommt nach Engdahl Russland eine strategische Rolle zu, das im Gegensatz zur US-amerikanischen Chaos-Strategie daraufhin arbeitet, die sunnitisch-schiitischen Stellvertreterkriege zu beenden und Stabilität in ganz Eurasien bis hin zum Nahen Osten zu schaffen. Russland kam bei der sich abzeichnenden Annäherung mit Saudi-Arabien in einem ersten Schritt überein, bei der Stabilisierung der Ölpreise zusammenzuarbeiten. Aber die gemeinsamen Interessen und Vereinbarungen mit Saudi-Arabien gehen weit darüber hinaus, bis hin zu einer militärischen Zusammenarbeit. Auch mit dem Iran gibt es eine militärische Zusammenarbeit. Nach Engdahl hat Riad "insbesondere nach der abrupten Übergabe Afghanistans an die Taliban durch Biden begriffen, dass die fortgesetzte Abhängigkeit von einem US-Sicherheitsschirm, den sie seit den Ölschocks der 1970er Jahre genossen hat, eine schwindende Illusion ist".

In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, dass der Iran mittlerweile in die SOZ (Shanghai Organisation für Zusammenarbeit) aufgenommen wurde.

[F. William Engdahl](#), Jg. 1944, seit über 30 Jahren wissenschaftlich und journalistisch tätig; Arbeiten über verschiedene Aspekte internationaler Öl-, Energie- und Wirtschaftspolitik in unterschiedlichen Büchern, Magazinen und Zeitschriften veröffentlicht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Daniel Cil Brecher: **Texte über Jüdische Geschichte, Israel und Palästina**

Für "die britische Regierung bestanden die ab 1916 herausgearbeiteten minimalen strategischen Erfordernisse im Nahen Osten darin, dass Palästina unter britische Herrschaft kommen musste. [London sah in Palästina hauptsächlich einen zweiten Weg nach Indien](#): mit einem Hafen (Akko) und einem Landweg zum Persischen Golf. Palästina musste als strategische Alternative zum Suezkanal dienen."

So Daniel Cil Brecher in einem Vortrag an der Uni Tübingen 2012 (siehe auch [Video in der 10./11. Minute von 52 Minuten](#)), der überzeugt ist, dass wenn es den Zionismus nicht gegeben hätte, die Briten ihn hätten erfinden müssen, um das angestrebte Mandat zu entschuldigen. Brecher zitiert dabei aus seinem Buch "[Der David - der Westen und sein Traum von Israel](#)".

Brecher stellt auch dar, wie die USA ihre Sicht auf Israel seit 1967 entwickelten. Dazu nahmen die Briten über die Balfour-Erklärung entscheidenden Einfluss. Die "besondere Freundschaft" der USA zu Israel ist, nach anfänglicher Skepsis, vor allem in dessen großen strategischen Bedeutung für die USA begründet.

Wie sich das heute in Deutschland gängige Narrativ zu Israel nach 1945 entwickelte, wird von Brecher u.a. durch Zitieren des Buches "Reise ins gelobte Land" von Erich Lüth dargelegt, in dem der Zionismus als verklärender Gegensatz zum deutschen Nationalsozialismus gesehen wird.

Aber auch die Rolle Ben Gurions und des Sechs-Tage-Krieges von 1967 spielten nach Brecher bei der heute üblichen Idealisierung Israels eine große Rolle.

Welche Bedeutung der Suezkanal für die Bewegung der Zionisten hatte, sprach der in Kairo lebende Zionist Zaghul Paschach 1936 gegenüber B. Wolfgang Weisl aus: "Ich weiß, dass Großbritannien die Lebenslinie des Empire am Suezkanal hat und sie gegen Russland heute oder Deutschland morgen verteidigen muss. Wenn am Ostufer des Kanals ein starkes, industrialisiertes jüdisches Palästina entstünde, dann müssten die Briten nicht mehr ihre Truppen am Westufer des Suezkanals stationieren – dann könnten sie sich [auf die Juden in Palästina stützen und von dort aus den Kanal beschützen und beherrschen](#). Und dann würde mein Land endlich frei sein." (Seite 368)

[Daniel Cil Brecher](#), Jg. 1951, in Tel Aviv geboren; studierte Geschichte und Philosophie in Düsseldorf und kehrte 1976 nach Israel zurück. Dort arbeitete er u.a. an der Gedenkstätte Yad Vashem. 1983 wurde er zum Direktor des Leo-Baeck-Instituts in Jerusalem ernannt. Brecher lebt seit 1986 wieder in Europa. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Kaiser: **Kanonenbootpolitik?**

Die Tatsache, dass sich am 31.08.2021 [das schwer bewaffnete deutsche Kriegsschiff "Bayern" auf den Weg in den Indischen Ozean](#) machte, kommentiert Thomas Kaiser. Dabei erinnert er uns an den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien im Jahre 1999, den die deutsche Regierung als humanitäre Intervention bezeichnete, obwohl es darum ging, Jugoslawien "ins Steinzeitalter zurückzubomben", die größte US-Luftwaffenbasis Südosteuropas namens 'Camp Bondsteel' im Kosovo zu errichten und sich dort der Bodenschätze zu bemächtigen. Drei Jahre später wurde die Bundeswehr an den Hindukusch geschickt, um dort angeblich die Sicherheit der BRD zu verteidigen, was die deutsche Bevölkerungsmehrheit von 70% ablehnte. Die Truppen wurden erst abgezogen, als die USA die Aussichtslosigkeit des Einsatzes erkannt hatten.

Heute, 20 Jahre später, wird die "Bayern" auf eine wie auch immer geartete Mission im Indo-Pazifik mit der scheinheiligen Worthülse geschickt, "unser Engagement im Indo-Pazifik bedeutet nicht, gegen etwas oder gegen jemanden zu sein". Für Michael Lüders läuft die Regierung in Berlin damit Gefahr, gegenüber China denselben Fehler zu begehen wie gegen Russland, nämlich hohle Werte-Rhetorik anstelle einer fundierten Realpolitik zu verfolgen. Da sei kein Handeln gemäß einer "regelbasierten Ordnung", sondern ein Verstoß gegen das Völkerrecht.

Kaiser sieht, dass es Deutschland darum gehe, eine Rolle in der Welt zu spielen. Aber er sieht auch, dass Verantwortung in der Welt übernehmen, immer wieder eine Rechtfertigung für Militäreinsätze darstellt, auch in der deutschen Geschichte. Kaiser warnt: "Wenn Deutschland nicht beginnt, sich von seinem seit der Jahrtausendwende immer deutlicher werdenden Kriegskurs schnellstens zu verabschieden, werden spätere Generationen die Frage stellen: Warum habt ihr da mitgemacht? Warum habt ihr im Schlepptau der USA Großmachtsallüren entwickelt und Macht und Eigeninteressen über die menschlichen Werte unserer Kultur gestellt?"

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Scherr: **Sanktionen treffen Unschuldige**

Thomas Scherr geht der Frage nach, [was Sanktionen für die Bevölkerung in den betroffenen Ländern bedeuten](#). Sanktionen werden nicht nur von völkerrechtlichen Institutionen gegen einzelne Staaten verhängt, sondern auch von Staaten oder Staatengruppen und dies auch ohne Legitimation durch die UNO. Doch im öffentlichen Bewusstsein bleibt, dass es sich um "gerechte" Maßnahmen handelt, von denen man annimmt, dass sie an die friedlichen Absichten der UNO anknüpfen.

Ein Staat, der schon lange von "Sanktionen" betroffen ist, ist Iran. Das Land mit seinen über 85 Millionen Einwohnern wird seit 1979 mit verschiedenen Sanktionen von verschiedenen Staaten und Organisationen belegt. Zuerst durch die USA und ihre Verbündeten, später durch die UNO wegen des Verstoßes gegen den Atomwaffensperrvertrag. Die sehr harten Strafmaßnahmen gegen Iran treffen die gesamte iranische Bevölkerung, so auch Kinder, Kranke, Alte, Jugendliche, am härtesten die ohnehin ärmeren Menschen. Das Verbot, Medikamente, technische Geräte, Darlehen und andere Güter und Dienstleistungen in den Iran zu exportieren, führt dort zu lebensbedrohlichen Konsequenzen, zum Ruin von Unternehmen und Verlust von Arbeitsplätzen. Die gegen Syrien verhängten Sanktionen treffen in erster Linie eine verarmte und schwer kriegsgeschädigte Zivilbevölkerung, indem die Wirtschaft bewusst lahmgelegt und somit dem Staat Steuergelder entzogen werden sowie das kriegszerstörte Land nicht wieder aufgebaut werden kann. Das Kampfmittel Sanktionen trifft auch in Venezuela in erster Linie die Bevölkerung, die für angebliche Taten in Geiselschaft genommen wird, von denen sie möglicherweise gar nichts weiß.

Sanktionen verstoßen gegen die Menschenrechte, das internationale Völkerrecht und treffen ohnehin nur die Ärmsten. Aber Sanktionen werden von Regierungen westlicher Staaten als politisches Druckmittel auch außerhalb der UN eingesetzt. Denn für diese sind sie kostengünstig. Verarmung, frühzeitiger Tod und Verelendung in den betroffenen Ländern wurden in diese Rechnung nicht mit aufgenommen. Für Scherr ist es notwendig, dass die Zivilbevölkerung nicht nur im Kriegsfall sondern auch bei Sanktionen Schutzrechte haben muss. "Es kann nicht angehen, dass noch im 21. Jahrhundert wehrlose und unschuldige Menschen unter dem Spin «gerechten» Handelns und im 'Namen der Staatengemeinschaft' zu Opfern egoistischer Machtpolitik werden."

[Inhalt ↑](#)

- **Thomas Röper: Der russische Außenminister Lawrow liest dem Westen vor der UNO die Leviten**

Russlands Außenminister Sergeij Lawrow hat am 25.09.2021 eine Rede vor der UN-Vollversammlung gehalten, in der er die russische Position zu den aktuellen Themen der internationalen Politik aufzeigt. Lawrow beklagt, dass zwischen den führenden Mächten keine Einigkeit über die Grundsätze der Weltordnung besteht. "Für Russland liegt es auf der Hand, dass den Herausforderungen und Bedrohungen nur durch gemeinsame Anstrengungen unter strikter Einhaltung der allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts, insbesondere der Ziele und Grundsätze der UN-Charta, wirksam begegnet werden kann." Dagegen versuche der Westen mit dem Konzept der "regelbasierten Ordnung" die Rolle der UNO in den Hintergrund zu drängen bzw. Doppelmoral einzuführen, indem bestimmte Prinzipien wie u.a. das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur da anzuwenden oder einzufordern, wo es den eigenen Interessen dient. [In der UNO-zentrierten Architektur sieht Lawrow die Möglichkeit für die Weltgemeinschaft zur Einigkeit bzw. zu Verhinderung der Spaltung.](#)

Lawrow übermittelte den Wunsch von Präsident Wladimir Putin in einem "Gipfeltreffen der 'Großen Fünf' ein ehrliches Gespräch über die Probleme der globalen Stabilität zu führen". Zu den globalen Herausforderungen zählen nach Lawrow die Rüstungskontrolle (NEW START, INF), die Absicht bestimmter Staaten, das Internet zu militarisieren und ein Wettrüsten mit Cyberwaffen zu entfesseln, die Stationierung von Waffen im Weltraum, die Bedrohung durch chemischen und biologischen Terrorismus. "Nur auf der Grundlage des Völkerrechts und unter Einbeziehung aller betroffenen Parteien und unter Berücksichtigung ihrer Interessen können Fortschritte bei der Beilegung regionaler Konflikte erzielt werden." Lawrow forderte, von einer Politisierung humanitärer Hilfe in Krisengebieten abzusehen, sondern konstruktiv nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Er ruft dazu auf, den jährlichen Austausch über die Weltpolitik dahingehend zu erweitern, damit dort auch Vorschläge für die Harmonisierung regionaler Bestrebungen gemacht werden können, um die globale Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit zu maximieren.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Nikolai Patruschew: Deutschland wird sich von äußeren Einflüssen befreien und zu einer unabhängigen Politik zurückkehren**

Nikolai Patruschew, nach Putin Chef des russischen Geheimdienstes und heute Sekretär des russischen Sicherheitsrates, sieht den Einfluss von BRICS (wirtschaftlicher Zusammenschluss von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), SOZ (Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit) und OVKS (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) zunehmen. Nach Patruschew arbeiten diese Organisation, die mehr als 40% der Weltbevölkerung, 25% des weltweiten BIP und 22% des Welthandels repräsentieren, für das Wohl aller Menschen zusammen. SOZ und OVKS seien mit dem Abzug der USA aus Afghanistan zu den wichtigsten Garanten der Stabilität in Zentralasien geworden.

Den USA wirft Patruschew vor, "ganze Regionen zu destabilisieren und in Afghanistan die Bedingungen für eine neue Migrationskrise geschaffen zu haben". Er sieht die USA und ihre Verbündeten in der "Verantwortung für die Zerstörung der Wirtschaft souveräner Staaten, für die Verschärfung zwischenethnischer und politischer Probleme und für die Verschärfung terroristischer, extremistischer und anderer Bedrohungen". Er sieht diese Akteure in der Pflicht dafür Reparationen zu leisten, die weit über die Billionen Dollar hinausgehen. Angesichts der innenpolitischen Probleme im Westen werde es für den Westen "immer schwieriger, der Welt ihren Willen zu diktieren". Patruschew wirft Großbritannien vor, seit dem Austritt aus der EU wieder imperiale Größe anzustreben und weiterhin eine anti-russische Politik zu betreiben.

In QUAD sieht er einen neuen politisch-militärischen Block von den USA, Indien, Australien und Japan, der das asiatische Pendant zur NATO darstelle und durch AUKUS (Australien, Großbritannien und USA) ergänzt werde. Dass Asien heute geopolitisch und wirtschaftlich so hohe Bedeutung erlangt habe, liege auch an den Europäern, die einen großen Teil ihrer Souveränität an Brüssel und damit an eine von multinationalen Konzerninteressen gelenkte Bürokratie abgegeben haben. Allerdings geht Patruschew davon aus, dass Deutschland, Frankreich und Italien sich mit der Zeit wieder zu einer von Brüssel unabhängigeren Politik zurückkehren werden. Dem heuchlerischen Westen wirft Patruschew vor, bei der Verfolgung seiner Schattenagenda Menschenrechte weltweit massenhaft zu verletzen. Russland schlage dagegen vor, von solcher Politik Abstand zu nehmen und "[für den Ausbau einer gleichberechtigten multilateralen Zusammenarbeit](#), der Entwicklung universeller internationaler Institutionen, der Zusammenarbeit zum Abbau globaler Spannungen und der Stärkung der internationalen Sicherheit" einzutreten.

[Nikolai Patruschew](#), Jg. 1951, war von 1999 bis 2008 Leiter des Inlandsgeheimdienstes FSB und ist seit 2008 Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jozef Banáš: Auf der Suche nach Partisanen auf der Krim**

Jozef Banáš geht der grundlegenden Frage nach, [ob das Referendum von 2014 den Willen der auf der Krim lebenden Menschen ausgedrückt hat oder nicht](#). Dazu hat er die Krim auch nach dem Referendum breit bereist, dabei die Stimmung auf der Insel aufgenommen, mit vielen unterschiedlichen Bewohnern gesprochen und nirgendwo antirussische Stimmung vorgefunden.

Dabei machte er die Erfahrung, dass mehr als eine Million ukrainische Touristen auf der Krim Urlaub machen.

Auf der Krim wuchs der russische Einfluss seit 1783 mit über die Jahre unterschiedlicher Intensität, aber die Krim war nicht immer russisch. Seit 1954 gehörte sie zur Ukraine, ohne dass ihre Bewohner darüber abgestimmt hatten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion anno 1991 hatte die mehrheitlich russischen Bewohner keinen Kontakt mehr zu Russland. Aufgrund seiner Reiseerfahrungen, hat Banáš keine Zweifel, dass das Referendumsergebnis vom 16.03.2014 (83,1% Beteiligung / 95,77% für die Integration in die Russische Föderation) korrekt ist.

Er erinnert daran, dass sich die USA 1776 einseitig durch ein Unabhängigkeitserklärung von Großbritannien losgesagt haben. Banáš stellt klar, dass "nach dem Völkerrecht eine Annexion die gewaltsame Aneignung eines Territoriums durch einen Staat auf Kosten eines anderen Staates gegen den Willen der Bewohner dieses Territoriums [ist], wodurch das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt wird".

Jozef Banáš, Jg. 1948, studierte Außenhandel; war u.a. Angestellter im Außenhandelsministerium in Prag, Botschafter; verschiedene leitende Stellungen in der Privatindustrie; ab 2001 auch parteipolitisch tätig; Autor von Erzählungen, Drehbüchern und Theaterstücken. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Gunnar Decker: **Visionär der Befreiung**

Am 02.09.2021 ist [Mikis Theodorakis im hohen Alter von 96 Jahren gestorben](#). Er war immer vieles zugleich: Komponist von über tausend Werken – von Symphonien, Opern, Balletten, Kammermusiken, Kantaten, Oratorien, Hymnen, Liederzyklen, bis zu Theater- und Filmmusiken, aber dabei immer auch Widerstandskämpfer, Kommunist, Anarchist, Parlamentarier und sogar Minister. Ein Wunder an Schöpferkraft!

Nach Gunnar Decker verehren die Griechen Mikis Theodorakis "vor allem als jemanden, der nicht nur Politik machte, sondern diese als Künstler auch immer wieder hart kritisierte. Ein Musiker, der die Sehnsüchte des Volkes verstand und ihnen einen – überparteilichen – Ausdruck zu geben vermochte! Dieser unbequeme Einzelgänger war gewiss einer der wenigen Intellektuellen der Gegenwart, der diesen Namen verdiente: [das Gewissen der Nation im Sinne Émile Zolas und seines 'J'accuse! Ich klage an!](#)' Ulrich Müller-Arnsberg betont stärker die musikalische Würdigung.

Auch in der [arte-Doku](#) (0h52) wird vor allem der Komponist gewürdigt. Der Sirtaki des Alexis Sorbas machte ihn weltberühmt und war aber nur ein Augenblick im sagenhaften [Leben des avancierten Komponisten Mikis Theodorakis](#). (Zorba's Tanz, [Syrtaki](#) im Video).

Gunnar Decker, Jg. 1965, studierte Philosophie und lebt als Autor in Berlin und ist Redakteur der Zeitschrift Theater der Zeit. (Red.)

Ulrich Möller-Arnsberg, Jg. 1960, studierte Musik und Journalismus; Autor für verschiedene Redaktionen des Bayerischen Rundfunks (BR). (Red.)

Manuel Brug, Jg. 1965, studierte Musikwissenschaft, Komparatistik, Französisch und Publizistik; war bei verschiedenen Medien tätig und ist heute freier Mitarbeiter bei 'Welt'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑